

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

40. Jahrgang / 201

21. Oktober 1985

Rudolf Dreßler MdB, AfA-Bundesvorsitzender, resümiert die Aktionswoche des DGB: Ermutigendes Signal. Seite 1

Gernot Fischer MdB, Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, kritisiert den Umgang der Union mit dem Bundesbeauftragten für Datenschutz: Machtarroganz. Seite 3

Heinz-Alfred Steiner MdB, Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, erinnert Verteidigungsminister Wörner an frühere Versprechungen: Dienstzeit-Belastung der Soldaten abbauen. Seite 4

Dokumentation:  
Der SPD-Europa-Abgeordnete Günter Topmann legte Vertriebenenpolitikern in einem Brief dar, weshalb er die von ihnen verbreitete Landkarte mit den Grenzen von 1937 ablehnt: Keine neuen Aggressionen erzeugen. Seite 5

### Die Aktionswoche braucht Perspektive

Der Widerstand gegen eine Zwei-Drittel-Gesellschaft muß noch wachsen

Von Rudolf Dreßler MdB  
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

In der vergangenen Woche gingen Hunderttausende Arbeitnehmer auf die Straße, weil sie sich mit der Demontage des Sozial- und Rechtsstaates durch die Regierungskoalition nicht abgeben wollen; heute gingen Vertreter von fünf Forschungsinstituten vor die Presse, von denen wenigstens vier die Koalition auffordern, ihren Kurs mit einigen Ergänzungen eisern beizubehalten. Dies gibt treffend die Lage wieder.

In der vergangenen Woche haben wir erlebt, daß der Gedanke der Solidarität in den Einheitsgewerkschaften lebt; heute erleben wir eine Bundesregierung, die sich auf das Votum von einigen Forschungsinstituten zu stützen versucht. Das eine, die Aktionswoche, war ein ermutigendes Signal für die Reformkräfte, das andere ist ein Blick auf den sehr zweifelhaften Wert sogenannter Politikberatung für die Wende-Apostel.

Die vergangene Woche mit dem Hunderttausenden demonstrierenden Arbeitnehmern belegt: Eine wachsende Zahl von Bürgern spürt, daß eine Zwei-Drittel-Gesellschaft nach dem Willen der

Verlag und Redaktion:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
www.sdp.de



Bundesregierung nicht hingenommen werden darf. Denn darum geht es Regierung und Regierungskoalition: Die heute in Arbeit Stehenden in die schläfrige Ruhe zu wiegen, ihnen könne nichts passieren, die Arbeitslosen aber, die, die nicht mehr so mithalten können, einfach auszusondern und ihrem Schicksal zu überlassen.

Wer den ganzen verbalen Schnickschnack, die Flötentöne eines Blüm und das leere Röhren eines Herrn Bangemann aus seinen Ohren verbannt, der findet exakt dieses Modell einer Mehrheitssicherung der Konservativen: Den beruhigenden Appell an die heute in Arbeit Stehenden und einen aggressiven, verlogen-hämischen Umgang mit den Arbeitslosen, die ja nach Kohlscher Lesart zum Großen Teil „nicht im Traum daran denken, arbeiten zu wollen“ (so der Bundeskanzler vor der Bundestagung der Sozialausschüsse). Jene erwähnten Institute spielen dabei die Rolle der Hof- und Wachhunde, die immer anschlagen, wenn sich dem satten Besitz ein fremder Tritt nähert.

Freilich: So ermutigend die Aktionswoche der Einheitsgewerkschaften war, so wichtig wird es sein, über den Bereich der organisierten Arbeitnehmer hinaus den Widerspruch gegen eine Zwei-Drittel-Gesellschaft zu wecken. Denn: die Strategie der Konservativen zur Mehrheitssicherung geht an die sozialen Lebensgrundlagen unserer Gesellschaft. Wer dies bestreitet, der sollte sich die sozialen Konflikte in Großbritannien ansehen, die dort von einer konservativen Regierung verursacht und provoziert wurden. Der Widerspruch müßte also alle packen, die ein zutiefst unsolidarisches, inhumanes und auch unchristliches Gesellschaftsmodell mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können. Jene, die in den vergangenen Jahren so eindrucksvoll für unsere natürlichen Lebensgrundlagen stritten und jene, die sich für Frieden und Abrüstung einsetzten, sind aufgefordert, auch der Verteidigung von Sozial- und Rechtsstaat ihr Engagement zu widmen.

Hier liegt eine große Chance. Wer will bestreiten, daß eine solidarische Gesellschaft die besten Möglichkeiten bietet, gegen Wettrüsten und ökologischen Raubbau initiativ zu werden? Diese Chance sollte nicht verstreichen. Es ist eine Chance für eine erneuerte und reformfähige Republik.

(-/21.10.1985/rs/fr)

\* \* \*



**Machtarroganz**

Zum Umgang der Union mit dem Bundesbeauftragten für Datenschutz

Von Gernot Fischer MdB  
Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Die Beratung des 6. und 7. Tätigkeitsberichts des Bundesbeauftragten für den Datenschutz im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages hat einmal mehr das unterentwickelte politische Bewußtsein der CDU/CSU für den Datenschutz deutlich gemacht. Das überrascht nicht. Die Union hat schon bei der Beratung früherer Berichte erkennen lassen, wie wenig sie von den Aktivitäten des Bundesdatenschutz-Beauftragten hält.

Neu und geradezu erschreckend ist jedoch, welchen Stellenwert sie der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu zentralen Fragen des Datenschutzes, insbesondere dem sogenannten Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983, beimißt.

Auf die schon in den vergangenen Jahren wiederholt und jeweils einstimmig beschlossene Aufforderung an die Bundesregierung, endlich die kraft Verfassungsrechts gebotenen gesetzlichen Grundlagen für die Arbeit des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) und des Bundesnachrichtendienstes (BND) zu schaffen, sind die Unionsvertreter im Rechtsausschuß mit keiner Silbe eingegangen. Die Bundesregierung konnte dazu nichts sagen, weil das zuständige Ministerium des Innern während der etwa zweistündigen Beratung des Ausschusses durch Abwesenheit glänzte.

„Schweigen im Walde“ auch auf die Frage, wann endlich die seit langem praktizierte „Zusammenarbeit“ zwischen den Nachrichtendiensten und dem Bundesgrenzschutz auf eine rechtsstaatlich einwandfreie gesetzliche Grundlage gestellt werden soll.

Für „polizeiliche Beobachtungen“ im Rahmen von Strafverfolgungsmaßnahmen fehlt trotz jahrelanger Kritik des Datenschutzbeauftragten und des Rechtsausschusses ebenso die gesetzliche Grundlage wie für die sogenannte Rasterfahndungen.

Festzustellen bleibt deshalb: Die Operationen von BND und MAD sind angesichts immer noch fehlender gesetzlicher Grundlagen rechtswidrig. Wie es die Bundesregierung unter diesen Umständen verantworten kann, die Dienste gleichwohl weiter arbeiten zu lassen, ist unbegreiflich.

Die bei der Union immer stärker ausgeprägte Machtarroganz zeigt sich vor allem auch darin, daß weder der Berichterstatter noch ein anderer Abgeordneter der Union sich auch nur mit einem einzigen Wort auf die zahlreichen Beanstandungen des Bundesdatenschutz-Beauftragten eingelassen hat. Auf Antrag der Union - der Koalitionspartner FDP war erst gar nicht vertreten - faßte der Ausschuß gegen die Stimmen der SPD den Beschluß, den Bericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und damit dessen zahlreiche, zum Teil gravierende Beanstandungen „zur Kenntnis zu nehmen“ und dies dem federführenden Innenausschuß mitzuteilen.

(-/21.10.1985/rs/ks)

+ + +



Dienstzeit-Belastung der Soldaten abbauen

Verteidigungsminister Wörner muß seine Versprechungen endlich einlösen

Von Heinz-Alfred Steiner MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Nicht nur als damaliges Mitglied der Opposition, sondern noch am Tage seiner Ernennung zum Verteidigungsminister bezeichnete Dr. Manfred Wörner den Dienstzeiterlaß für Soldaten als einen Skandal, der unter seiner Verantwortung keinen Bestand haben werde.

Nach über dreijähriger Zuständigkeit für die Lösung des Problems bleibt festzuhalten: Außer einem völlig unzureichenden finanziellen Ausgleich für Spitzendienstzeiten ist alles beim alten geblieben. Der Dienstzeiterlaß ist in der von Dr. Wörner selbst als Skandal bezeichneten Form unverändert gültig.

Auch der interfraktionelle Entschließungsantrag des Verteidigungsausschusses vom 10. März 1982, mit dem der Minister aufgefordert ist, „...eine befriedigende und gerechte Regelung herzustellen“, hat die Verschleppungstaktik des Ministers nicht stören können.

Der Verteidigungsminister, der sich noch am 5. Oktober 1982 in der „Welt“ über die miserable Dienstzeitsituation empörte, schweigt heute still. In seiner Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion zur sozialen Lage in den Streitkräften erklärte er am 31. Oktober 1984: „Der Verteidigungsminister wird zum Entschließungsantrag vom März 1982 bis Jahresende Stellung nehmen.“ Bis heute, also nach fast einem Jahr, warten wir immer noch auf diese Stellungnahme.

In seinem Weißbuch '85 verschanzt er sich hinter der lapidaren Feststellung: „Der militärische Auftrag bestimmt die Dienstzeit unserer Soldaten.“ Wenn aber schon Spitzendienstzeiten bei der Auftragsbefüllung unvermeidbar sind, dann mit einer gesetzlich verankerten Dienstzeitregelung, die die individuelle Dienststundenbelastung zur Grundlage der Vergütung macht. Warum sollte bei uns nicht möglich sein, was in anderen Ländern längst praktiziert wird?

- In der US-Armee orientiert sich die Dienstzeit der Soldaten an den Dienstzeiten im zivilen Bereich.
- In den belgischen Streitkräften ist die 40-Stunden-Woche nach einer Weisung des belgischen Generalstabs eingeführt worden.
- Die Dienstzeit in den belgischen Streitkräften ist ebenfalls auf 40 Stunden begrenzt.
- Auch bei Griechen und Italienern gibt es Dienstzeitregelungen.
- Engländer und Kanadier, die keine Dienstzeitregelung kennen, erhalten jedoch als Ausgleich bei der Besoldung einen sogenannten X-Faktor zugebilligt, um berufstypische, besondere Erschwernisse zu kompensieren.

An einer gesetzlichen Dienstzeitregelung für die Soldaten der Bundeswehr führt schon deshalb kein Weg vorbei, will die Bundeswehr in den nächsten Jahren nicht an letzter Stelle der Attraktivitätsskala rangieren, wenn der harte Wettbewerb um jeden jungen Mann zwischen Streitkräften, Bundesgrenzschutz, Polizei und allen Bereichen unserer Wirtschaft einsetzt.

Unsere Forderung lautet:

- Einführung einer Dienstzeitregelung für alle Soldaten, ähnlich dem öffentlichen Dienst;
- grundsätzliche Gewährung von Zeitausgleich oder Mehrarbeitsvergütung bei Dienst über die Dienstzeitregelung hinaus.

Wir werden nicht aufhören, den Verteidigungsminister an seine - bisher leider leeren - Versprechungen zu erinnern.

(-/21.10.1985/rs/ks)

+ + +



**DOKUMENTATION**

---

**Günter Topmann: Keine neuen Aggressionen erzeugen**

---

Der SPD-Europaabgeordnete Günter Topmann hat sich gegen die Inanspruchnahme durch Vertriebenenpolitiker verwahrt, die ihm eine aus Bundesmitteln mitfinanzierte Landkarte des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 zugesandt hatten. Topmann, der auch Bürgermeister der Stadt Altena ist, schrieb dem Ständigen Rat der Ostdeutschen Landsmannschaften und Landesvertretungen in diesem Zusammenhang den folgenden Brief:

„Früh und beispielhaft haben sich die Heimatvertriebenen zum Gewaltverzicht bekannt. Das war keine vergängliche Erklärung im anfänglichen Stadium der Machtlosigkeit, sondern ein Bekenntnis, das seine Gültigkeit behält. Gewaltverzicht bedeutet, allseits das Vertrauen wachsen zu lassen, daß auch ein wieder zu Kräften gekommenes Deutschland daran gebunden bleibt. ....

Gewaltverzicht heute heißt, den Menschen dort, wo sie das Schicksal nach dem 8. Mai 1945 hingetrieben hat und wo sie nun seit Jahrzehnten leben, eine dauerhafte politisch unangefochtene Sicherheit für ihre Zukunft zu geben. Es heißt, den widerstreitenden Rechtsansprüchen das Verständigungsgebot überzuordnen.“

In der Annahme, daß Ihnen diese Aussagen bekannt sind - sie stammen aus der Ansprache des Bundespräsidenten anläßlich der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages und des Bundesrates am 8. Mai 1985 - bestätige ich Ihnen den Eingang Ihres Schreibens vom 24. September 1985.

In der festen Überzeugung, daß diese Ausführungen Richard von Weizsäckers nicht nur von allen Demokraten in den politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch von der Mehrheit der Mitglieder in den Ostdeutschen Landsmannschaften geteilt werden, muß ich nun von Ihnen eine Landkarte mit den Ostgebieten des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 entgegennehmen.

Formaler Gewaltverzicht reicht nicht aus, wenn in Sprache oder Tendenz neue Radikalitäten gefördert werden. Genau diese Absicht muß ich Ihnen mit der Verbreitung dieser Landkarte unterstellen. Sie werden daher Verständnis dafür haben, wenn ich mich aufgrund meiner politischen Überzeugungen nicht für die Übersendung der Karte bedanke, und sie darüberhinaus keiner weiteren Verwendung zuführe.

Die richtungweisende Rede des Herrn Bundespräsidenten hat deutlich gemacht, daß wir den heute bestehenden Realitäten in Europa ins Auge sehen müssen. Das kartographische Schüren von Illusionen kann nur neue Aggressionen erzeugen. Derartige Irritationen stören die Entwicklungen bei der Zusammenführung aller Staaten Europas und das Zusammenleben seiner Völker. Sie führen in Ihrem Schreiben an, daß die Neuauflage dieser Landkarte durch die Vermittlung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, insbesondere durch die persönliche Einschaltung des Herrn Bundesministers Windelen in Druck gegeben wurde. Was soll ich mir darunter vorstellen?

Es kann doch nur bedeuten, daß die Neuauflage mit finanziellen Mitteln des genannten Bundesministeriums unterstützt wurde. Sollte dem so sein, kann ich darüber nur mein Entsetzen zum Ausdruck bringen.

In meiner Eigenschaft als Bürgermeister der Stadt Altena pflege ich Kontakte zu den örtlichen Vertriebenenverbänden. Meine dort gemachten Erfahrungen werden durch eine weitere Passage der Ansprache des Herrn Bundespräsidenten bestätigt: „Sie haben aber selbst eine neue Heimat gefunden, in der sie mit den gleichaltrigen Einheimischen aufwachsen und zusammenwachsen, ihre Mundart sprechen und ihre Gewohnheiten teilen. Ihr junges Leben ist ein Beweis für die Fähigkeit zum inneren Frieden. Ihre Großeltern oder Eltern wurden einst vertrieben, sie jedoch sind jetzt zuhause.“

Ich würde mir wünschen, daß diese Form der Heimatliebe, die Pflege der überlieferten Kulturgüter, Eingang fände auch in die „offizielle“ Politik des Ständigen Rates der Ostdeutschen Landsmannschaften. Nur eine Ostpolitik der Entspannung, der Vermeidung falscher Zungenschläge wird langfristig den Frieden erhalten und für einen Ausgleich der heute bestehenden Gegensätze sorgen.

Gemeinsam mit den SPD-Europaabgeordneten Magdalena Hoff, Hans Peters und Dieter Rogalla wende ich mich entschieden gegen alle Versuche, unter Mißachtung der bestehenden Gegebenheiten in Europa Begehrlichkeiten hinsichtlich der ehemaligen deutschen Ostgebiete zu fördern. Diese sind nicht im Sinne des vom Herrn Bundespräsidenten postulierten Verständigungsgebotes.

gez. Günter Topmann MdEP

(-/21.10.1985/rs/ks)

+ + +